

**Wettbewerbliches Verfahren
(Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)**

von

rettungsdienstlichen Leistungen

im

Rettungsdienstbereich des Landkreises Gotha
(Vergabenummer: Lragth-2026-06-04/0048)

TEILNAHMEANTRAG

Ablauf der Teilnahmefrist: 16. Juli 2026, 12.00 Uhr

Name und Anschrift des Bewerbers

Name: _____

Straße/Postfach: _____

Postleitzahl: _____

Ort: _____

Staat: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ansprechpartner: _____

(Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die Angaben des Bevollmächtigten einzutragen)

	Inhaltsverzeichnis	Seite
1	Allgemeine Angaben	3
1.1	Einzelunternehmen oder Bewerbergemeinschaft	3
1.2	Aufgabenteilung bei Bewerbergemeinschaften	4
1.3	Unterbeauftragung	4
1.4	Weitere Unternehmensangaben des Bewerbers	5
2	Prüfung der Gemeinnützigkeit	6
3	Nachweise zur Eignungsprüfung	7
3.1	Allgemeines	7
3.2	Nichtvorliegen von Ausschlussgründen / Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	7
3.3	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	10
3.4	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	11
4	Weitere Erklärungen	13

1 Allgemeine Angaben

1.1 Einzelunternehmen oder Bewerbergemeinschaft

Sofern ein Bewerber sich auf einzelne Lose als Einzelunternehmen und auf andere Lose als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft bewerben will, sind zwingend mehrere Teilnahmeanträge (je für das Einzelunternehmen und für die Bewerbergemeinschaft) einzureichen. Eine nachträgliche Bildung von Bewerber-/Bietergemeinschaften nach Ende der Teilnahmefrist ist zulässig.

Der Teilnahmeantrag wird abgegeben als

☐ **Einzelunternehmen**

Name/Rechtsform _____
Adresse _____
Berufsgenossenschaft _____

☐ **Bewerbergemeinschaft**

Diese Bewerbergemeinschaft besteht aus folgenden Unternehmen:

1) Name/Rechtsform _____
Adresse _____
Berufsgenossenschaft _____

2) Name/Rechtsform _____
Adresse _____
Berufsgenossenschaft _____

3) Name/Rechtsform _____
Adresse _____
Berufsgenossenschaft _____

Als bevollmächtigten Vertreter der Bewerbergemeinschaft haben wir uns für das Vergabeverfahren, den Abschluss und die Durchführung des Vertrages auf das Unternehmen Nr. ____ geeinigt.

Alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften als Gesamtschuldner.

Falls Sie unter Ziffer 1.1 angegeben haben, als Bewerbergemeinschaft anzubieten, ist die Aufgabenteilung zwischen den beteiligten Unternehmen nachfolgend kurz zu beschreiben:

This image shows a blank sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

Angaben zur Unterbeauftragung für die Vorhaltung von Personal für den Katastrophen- und Zivilschutz und die Teilleistung Bergrettung werden erst in Phase 2 – Verhandlungsverfahren erforderlich.

1.4 Weitere Unternehmensangaben des Bewerbers

Die nachstehenden Angaben werden gefordert, um die Plausibilitätsprüfung weiterer Angaben aus dem Teilnahmeantrag zu ermöglichen.

Die Angaben werden bei Teilnahme einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern derselben gefordert. In diesem Falle ist diese Seite zu vervielfältigen und eindeutig mit dem Namen des jeweiligen Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft zu kennzeichnen.

a) Hauptgeschäftsfelder

b) Momentane Zahl der Beschäftigten

- gesamtes Unternehmen

- Bereich der ausgeschriebenen Leistungen

c) Inhaber/Beteiligungsverhältnisse

Geben Sie je nach Rechtsform die Inhaber (Gesellschafter, Komplementäre, Kommanditisten, Hauptaktionäre) und deren prozentuale Beteiligung an dem Unternehmen an.

2 Prüfung der Gemeinnützigkeit

Die Prüfung der Gemeinnützigkeit erfolgt anhand eines aktuellen Feststellungsbescheids gemäß § 60a Abgabenordnung (AO). Dieser ist mit Abgabe des Teilnahmeantrags durch den Bewerber bzw. durch jedes Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft vorzulegen. Mit dem Feststellungsbescheid wird die steuerliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit belegt.

Sofern ein entsprechender Feststellungsbescheid nicht vorgelegt werden kann, sind die Gründe hierfür darzulegen sowie geeignete alternative Nachweise oder Erläuterungen zur Gemeinnützigkeit vorzulegen. Die Vergabestelle behält sich vor, von den im Rahmen der Phase 1 – „Teilnahmewettbewerb“ – als geeignet identifizierten Bewerbern bzw. von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft spätestens vor Aufforderung zur Angebotsabgabe die Vorlage des Feststellungsbescheids zu verlangen.

3 Nachweise zur Eignungsprüfung

3.1 Allgemeines

Die Prüfung der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen erfolgt u.a. aufgrund von Unterlagen (Eigenerklärungen und beizubringenden Dokumenten) hinsichtlich

- *des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen,*
- *der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung,*
- *der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit*

sowie

- *der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit.*

Im Falle einer Teilnahme als Bewerbergemeinschaft sind die Gliederungspunkte 2.2 bis 2.4 zu kopieren und von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen.

3.2 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen / Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen sowie der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung werden folgende Erklärungen abgegeben:

In Bezug auf das bietende Unternehmen liegen keine der nachfolgenden zwingenden Ausschlussgründe vor.

Ein zwingender Ausschlussgrund liegt dann vor, wenn eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat in Zusammenhang mit folgenden Punkten:

- Bildung krimineller Vereinigungen, Bildung terroristischer Vereinigungen oder kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland,
- Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine solche Tat zu begehen,
- Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte,
- Betrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden. Dazu zählen:
 - Subventionsbetrug, soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr, Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen,
 - Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern oder unzulässige Interessenwahrnehmung,
 - Vorteilsgewährung und Bestechung, jeweils auch in Verbindung mit ausländischen und internationalen Bediensteten,
 - Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr,
 - Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist dann einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat. Dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Ein weiterer Ausschlussgrund liegt dann vor, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist.

Sofern die Eigenerklärung nicht oder nicht vollumfänglich abgegeben werden soll, ist vom Bewerber nachfolgend zwingend darzulegen, aus welchen Gründen die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen zwingender Ausschlussgründe nicht uneingeschränkt abgegeben werden kann:

- Es wird erklärt, dass die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfüllt sind und dass das bietende Unternehmen im Berufs-, Handels- oder Vereinsregister eingetragen ist bzw. über die dort genannten Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung verfügt.
- Es wird erklärt, dass
 1. der Bewerber nicht zu Personen oder Unternehmen, angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, die einen Bezug zu Russland aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers oder die Niederlassung des Bewerbers in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifftgehört.
 2. die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland gehören.
 3. bestätigt und sichergestellt wird, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

- Es wird erklärt, dass der Bewerber nicht wegen eines Verstoßes gegen § 21 Mindestlohngesetz (MiLoG) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden ist.

Sofern die Eigenerklärung nicht oder nicht vollumfänglich abgegeben werden soll, ist vom Bewerber nachfolgend zwingend darzulegen, aus welchen Gründen die Eigenerklärung nicht uneingeschränkt abgegeben werden kann:

- Es wird erklärt, dass über das Vermögen der Bewerber weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet ist noch deren Eröffnung beantragt oder ein solcher Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist sowie darüber, dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

Auf Verlangen der Vergabestelle werden innerhalb einer angemessenen Frist folgende Unterlagen nachgereicht:

- Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamtes, mindestens eines Sozialversicherungsträgers sowie der Berufsgenossenschaft,
- die Führungszeugnisse aller Geschäftsführer (falls kein Geschäftsführer bestellt, aller Inhaber),
- die Gewerbeanmeldung sowie die Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer.

Das Ausstellungsdatum der o.g. Unterlagen soll nicht vor dem 01.01.2026 liegen. Ein früheres Ausstellungsdatum ist unschädlich, wenn sich dem jeweiligen Nachweis entnehmen lässt, dass dieser noch bis zum Termin der Abgabe des Teilnahmeantrages gültig ist. Auf Verlangen der Vergabestelle sind die Bewerber verpflichtet, die o. g. Dokumente innerhalb einer angemessenen Frist in aktueller Fassung nachzureichen.

Kann ein Bewerber aus einem berechtigten Grund die geforderten Nachweise nicht beibringen, so sind gleichwertige Nachweise beizufügen. Die Gleichwertigkeit ist vom Bewerber auf Verlangen der Vergabestelle darzulegen bzw. die Bewerber sind verpflichtet, auf Anforderung die Berechtigung der Gründe zu benennen.

3.3 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit wird folgende Eigenerklärung über den Gesamtumsatz sowie den Umsatz im Bereich der ausgeschriebenen (angebotenen) Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren abgegeben:

Die Umsatzangaben sind auch dann erforderlich, wenn Sie als Anlage zu Ihrem Teilnahmeantrag z. B. Geschäftsberichte, Unternehmensbroschüren o. ä. beifügen. Im Falle von Bewerbungsgemeinschaften ist diese Seite zu vervielfältigen, eindeutig mit dem Namen des jeweiligen Mitgliedes der Bewerbungsgemeinschaft zu kennzeichnen und dem Teilnahmeantrag beizulegen.

Jahr: _____

• Gesamtunternehmen _____ T€ _____ T€ _____ T€

Bereich der ausgeschriebenen Leistungen:

• Eigenleistungen _____ T€ _____ T€ _____ T€

• Fremdleistungen _____ T€ _____ T€ _____ T€

Bei „Gesamtunternehmen“ sind die Umsätze für das gesamte Unternehmen des Bewerbers (nicht zu verwechseln mit dem Konzern) in allen Bereichen (ausgeschriebene Leistungen und andere Leistungen) anzugeben. Bei „Eigenleistungen“ sind die Umsätze im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen anzugeben, die das Unternehmen selbst, d. h. nicht durch Unterauftragnehmer erbringt, bei „Fremdleistungen“ dagegen die nicht durch das Unternehmen selbst, sondern durch Unterauftragnehmer erbrachten Leistungen im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen. Bewirbt sich ein Bewerber auf mehrere Lose können die losbezogenen Umsätze im Bereich der ausgeschriebenen Leistung addiert werden. Die Vergabestelle behält sich aber, eine weitergehende Aufschlüsselung dieser Umsätze zu verlangen.

Auf Verlangen der Vergabestelle wird innerhalb einer angemessenen Frist der jüngste bestätigte Jahresabschlussbericht nachgereicht.

Unter einem Jahresabschlussbericht ist ein gemeinhin auch als Geschäftsbericht bezeichnetes Dokument zu verstehen, in dem mindestens die einzelnen Bestandteile des Jahresabschlusses, der Lagebericht und der Bestätigungsvermerk eines Wirtschaftsprüfers enthalten sind.

3.4 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden folgende Eigenerklärung über Referenzen abgegeben:

Es wird erklärt, dass das teilnehmende Unternehmen in Bezug auf die Lose, für welches der Teilnahmeantrag abgegeben wird, über folgende Referenzen aus den letzten 36 Monaten vor Abgabe des Teilnahmeantrags verfügt:

Bitte zutreffendes ankreuzen!

- Lose 1, 2 und 3:
 - Referenz für rettungsdienstliche Leistungen in Form von
 - ☐ Bei Abgabe eines Angebotes für nur 1 Los: insgesamt mindestens 1.000 RTW-Einsätzen und mindestens 1.000 KTW-Einsätzen und mindestens 1.000 NEF-Einsätzen (bei Bewerbergemeinschaften gilt diese Anforderung in Summe für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft)
 - ☐ Bei Abgabe eines Angebotes für mehr als 1 Los: insgesamt mindestens 2.000 RTW-Einsätzen und mindestens 2.000 KTW-Einsätzen und mindestens 2.000 NEF-Einsätzen (bei Bewerbergemeinschaften gilt diese Anforderung in Summe für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft)
- Los 4:
 - ☐ Referenz für rettungsdienstliche Leistungen in Form von insgesamt mindestens 2.000 RTW-Einsätzen und mindestens 2.000 KTW-Einsätzen und mindestens 2.000 NEF-Einsätzen für jedes einzelne Mitglied der Bewerbergemeinschaft

Die Referenzangaben sind nachfolgend dargestellt:

Position	Referenz
Auftraggeber I	
Name	
Anschrift	
Telefonnummer	
Ansprechpartner	
Leistungszeitraum	
Anzahl Einsätze	
Auftraggeber II	
Name	
Anschrift	
Telefonnummer	
Ansprechpartner	
Leistungszeitraum	
Anzahl Einsätze	
Auftraggeber III	
Name	
Anschrift	
Telefonnummer	
Ansprechpartner	
Leistungszeitraum	
Anzahl Einsätze	

Die Referenzangaben sind für alle drei Leistungsarten (RTW-, KTW- und NEF-Einsätze) gesondert vorzulegen. Hierfür ist diese Seite bei Bedarf zu vervielfältigen, eindeutig der entsprechenden Leistungsart zuzuordnen und dem Teilnahmeantrag beizufügen.

Auf Verlangen der Vergabestelle sind die Bewerber verpflichtet, zusätzlich eine von den o. g. Auftraggebern der Referenzleistung ausgestellte oder bestätigte Erklärung vorzulegen.

4 Weitere Erklärungen

Es wird die Richtigkeit der Angaben versichert. Eine wissentlich falsche Erklärung und Angabe kann den Ausschluss vom Verfahren zur Folge haben.

Bei Bewerbungsgemeinschaften haben obige Erklärungen für alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft Gültigkeit, soweit nicht anders ausgeführt.

Ort, Datum, Name der Person (die die Erklärung für den Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft abgibt)